

Tansania Information



Weil es uns bewegt!

Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

01 / 2016 - Januar

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Sabahi, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN), Thompson Reuters und anderen Zeitungen und Internet-Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 07.01.2016 (Mittelwert) für 1,-- € 2.296/- TZS (www.oanda.com)

AKTUELLES	2
GESTRAFFTES KABINETT VORGESTELLT.....	2
AUFBRUCHSTIMMUNG MIT „MAGUNOMICS“: Sparmaßnahmen – Großreinemachen – Wahlversprechen zügig einlösen – Null Toleranz gegenüber Korruption – Steuerhinterziehung und Veruntreuung Reaktionen auf den neuen Kurs.....	2/3/4
WEIHNACHTSBOTSCHAFTEN.....	5
SCHWERPUNKT: TANSANIA IM AFRIKANISCHEN KONTEXT	5
BEZIEHUNGEN ZU AFRIKANISCHEN LÄNDERN: Burundikrise – Handel und Verkehr in Afrika Handel mit der EU – Panafrikanisches Parlament – Arusha – Training für Führungspersonal....	5/6/7
OSTAFRIKANISCHE GEMEINSCHAFT.....	7
REGIONALE WIRTSCHAFTSZONE: Investitionen in der Region – Handel und Hemmnisse Infrastruktur – Kommunikation – Sicherheit – EAC-Einrichtungen.....	8/9
AUSSENBEZIEHUNGEN DER EAC: Kooperation und Auslandshilfen - Handelsvereinbarungen – Bilaterale Beziehungen in der EAC.....	9/10
SCHWIERIGKEITEN DER EAC: Souveränitätskonflikte – Administrative Probleme - Selbstbedienung - Nachbarstaaten.....	11
UMWELTSCHUTZ UND MENSCHENRECHTE: Umwelt- und Klimaschutz – Menschenrechte – Ostafrikanischer Gerichtshof.....	11/12
PLÄNE UND PROJEKTE DER EAC: Weitere Entwicklungen - Beitrittskandidaten.....	12/13

Kommende Themen: Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung – Religionen / Kirchen

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302

Redaktion: Hans Köbler

Mission Eine Welt: www.mission-einewelt.de

Internet: www.tansania-information.de

E-Mail: africa@mission-einewelt.de

Spendenkonto :

Evangelische Bank, Kto. 1011 111 BLZ 52060410

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

AKTUELLES

GESTRAFFTES KABINETT VORGESTELLT

Präsident Dr. Magufuli nahm sich 35 Tage Zeit, um sein Kabinett zusammenzustellen. Er nutzte diesen Zeitraum, um ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten im Alleingang einige symbolträchtige Aktionen durchzuführen [s.u.]. Das neue Kabinett ist mit 18 Ministern und 19 stellvertretenden Ministern in 18 Ministerien das kleinste seit 20 Jahren. Die vorhergehende Kikwete-Administration umfasste 29 Minister und 31 Stellvertreter. Die Ressorts Finanzen, Bildung, Transport und Tourismus gelten als Schlüsselbereiche, deren Leiter nicht nur kompetent, sondern auch integer und effizient sein müssen. Sie wurden erst kurz vor Weihnachten ernannt. Vier Frauen und fünf Stellvertreterinnen bekleiden Ministerposten, sieben Minister wurden aus der vorhergehenden Regierung übernommen.

Die verringerte Zahl der Ministerposten spart etwa TZS 11.3 Mrd. (€ 5,3 Mill.) jährlich an Gehältern, Mieten und Dienstwagen ein. Das Basisgehalt eines Ministers beträgt monatlich TZS 3,8 Mill., hinzu kommen Hausmiete (ca 800.000), Treibstoff, Reparaturen (2 Mill.) und Aufwandsentschädigungen. Ein Dienstwagen (Landcruiser V8) kostet etwa € 200.000.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis wurde das Ministerium für Unionsangelegenheiten mit J. Makamba, einem Nicht-Sansibari, besetzt, Auch das Außenministerium ging nicht mehr an einen Politiker aus Sansibar. Damit finden sich bisher nur zwei Sansibaris im neuen Kabinett: Dr. H. Mwinyi, Sohn eines Altpräsidenten (Verteidigung) und Prof. M. Mnyaa (Landwirtschaft).

Business Times 18.12.15; Citizen 10.,11.,13.,14.,24.12.15; Guardian 13.,24.12.15

AUFBRUCHSSTIMMUNG MIT „MAGUNOMICS“

Präsident Dr. John Pombe Magufuli (in der Presse als JPM zitiert) formulierte wie schon im Wahlkampf das ehrgeizige Ziel, Tansania vom Empfängerland zu einem Geberland zu machen. Dies sei möglich, wenn die reichen Ressourcen des Landes effektiv und partizipatorisch zugunsten der Bürger/innen eingesetzt würden. Es bedürfe jedoch größerer Anstrengungen als bisher, z.B. hätten seit Beginn des Haushalts 2015/16 die Steuereinnahmen gerade so für laufende Ausgaben gereicht, keine der geplanten Investitionen sei in Angriff genommen worden. JPM betonte, er habe für seinen Wahlkampf keinen Cent aus der Privatwirtschaft angenommen, um niemandem verpflichtet zu sein.

Für den neuen Stil des sparsamen und strengen Wirtschaftens wurde das Kunstwort „Magunomics“ (Ökonomie à la Magufuli) geprägt. Auch ein neues Verbum entstand: „magulifizieren“ für „etwas prompt und rationell erledigen“ oder auch „Staatsdiener aus dem Büroschlaf aufscheuchen“. Magufuli will sein Ziel, den armen Bevölkerungsschichten Anteil am Wohlstand zu geben, ernsthaft erreichen. Daher bleibt ihm nichts anderes übrig, als bisher Privilegierten und Eliten „auf die Füße zu treten“.

Citizen 04.12.15; The Independent (Kampala) 21.12.15

Sparmaßnahmen

Die üppige Versorgung mit Speis und Trank bei behördlichen Konferenzen hat ein Ende. Um Mittel für wichtige Vorhaben freizusetzen, wurde den Funktionären aller staatlichen Einrichtungen strikte Einfachheit verordnet und die erlaubten Stärkungen detailliert aufgelistet. Die bisher häufig überhöhten Rechnungen von catering-Firmen werden genau geprüft. Die Mitarbeitenden staatlicher und staatseigener Einrichtungen sollen sich der vorhandenen Technik für Videokonferenzen bedienen. Die Sparmaßnahmen lassen allerdings die Einnahmen der Gastronomie stark zurückgehen und könnten auch Arbeitsplätze gefährden. Nicht wenige betroffene Gastronomiebetriebe sind im Besitz von Regierungsbeamten.

Auch die Einschränkung von Auslandsreisen [vgl. TI 2015/12, S. 7] setzt das Präsidentenbüro durch: Vier Mitarbeitende des Antikorruptionsbüros wurden fristlos entlassen, weil sie

ihre abgelehnten Reisepläne weiter verfolgten. Beamte im Höheren Dienst erhalten auf Auslandsreisen \$ 365 pro Tag, Leitende Mitarbeiter \$ 420.

Vizepräsidentin S. Hassan besuchte Südafrika mit einer nur sechsköpfigen Delegation. Vor Kurzem gehörten noch Köche etc. zu solchen Expeditionen. Eine Delegation zu einer Commonwealth-Konferenz auf Malta wurde von 50 auf 4 Mitglieder reduziert. Die Pariser Klimakonferenz besuchten drei statt 20 Abgesandte.

TZS 2 Mrd., die für die übliche einwöchige Klausurtagung des neuen Kabinetts vorgesehen waren, wurden eingespart. Zur Vereidigungsfeier durfte jeder Minister diesmal nur ein Familienmitglied mitbringen. Pressekommentatoren hoben hervor, dass man mit Magufulis Maßnahmen erst deutlich sehe, wie großzügig sich die Eliten bisher selbst bedient haben.

Behörden und Staatsbetrieben wurde untersagt, Weihnachtskarten, Kalender etc. zu versenden. Mit den eingesparten Millionen sollen sie Schulden abzahlen.

Citizen 27.11.; 07.12.15; DN 27.11.15; Guardian 26.,27.11.; 12.,13.12.15; Independent 21.12.15; Star 15.12.15;

Großreinemachen

Anstelle der kostspieligen Feiern zum Unabhängigkeitstag am 9. Dez. fanden auf Anordnung des Präsidenten landesweite Reinigungsaktionen statt. Die Bevölkerung reagierte begeistert. In Dar-Es-Salaam wurden mehr als 30.000 t Abfälle eingesammelt. Allerdings gab es neue Probleme, weil sich der Abtransport des Unrats stark verzögerte und Unkundige Reifen und Plastikabfälle anzündeten und starke Rauchbelästigungen verursachten. Mit TZS 4 Mrd., die am Unabhängigkeitstag eingespart wurden, wird die chronisch verstopfte New Bagamoyo Road in DSM von drei auf fünf Spuren ausgebaut. Die Arbeiten haben bereits begonnen.

DN 01.,13.12.15; Citizen 01.,10.12.15; Guardian 15., 16.12.15

Wahlversprechen zügig einlösen

Präsident und Finanzministerium forderten alle für Staatsunternehmen („parastatals“) Verantwortlichen auf, leistungs- und service-orientiert zu arbeiten. Die verbliebenen 126 Staatsbetriebe sollen nach Plan 22% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, schaffen aber nur eine magere durchschnittliche Rendite von 0,85%. Betrügereien im Beschaffungswesen sollen verfolgt und damit Kosten gesenkt werden. Ein neues Beschaffungsgesetz soll das alte von 2001 ablösen, das Verschwendung begünstigt und zügige Arbeit behindert. Die üppige Verköstigung visitierender Parlamentsmitglieder wird gestrichen. Diese dürfen auch nicht mehr in Aufsichtsräten sitzen, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Teure externe Berater dürfen nur noch in begründeten Fällen engagiert werden.

Große Betriebe wie die Telefongesellschaft (TTCL) und die Tansania-Sambia Bahn führen ihre chronischen Milliardenverluste auf Unterkapitalisierung zurück, Manche sind de facto bankrott. Magufuli kündigte an, die gewohnten Subventionen solcher Betriebe zu streichen. Diese belasten den Staatshaushalt seit Jahrzehnten in hohem Maß. Wenn Staatsbetriebe rationell arbeiten sollen, muss man jedoch mit massiven Entlassungen rechnen.

Privaten Unternehmern versprach Magufuli, bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Eine Maschinenbaufirma hatte z.B. seit zwei Jahren angeboten, 1,5 Mill. Schulbänke kostenlos anzufertigen, sofern die Regierung 200.000 m³ Fichtenholz zur Verfügung stellt. Die Firma beklagte, das Angebot sei nie beantwortet worden.

Der Wasser-Minister befahl den Wasserversorgungs-Behörden, bis Juni 2016 die Zahl der Leitungsanschlüsse in DSM von bisher 148.000 auf 1 Million zu erhöhen. Der Kubikmeter-Preis (TZS 1663) soll wieder gesenkt werden. Dies ist möglich, wenn die Versorger ihre Außenstände (vor allem bei Behörden und Staatsbetrieben) in Höhe von TZS 48 Mrd. eintreiben und illegale Zapfstellen schließen. Vorauszahlung soll wie bei Telefon- und Stromrechnungen die Norm werden.

In Dar-Es-Salaam und Dodoma wurden mehrere hundert Häuser abgerissen, die teils seit Jahrzehnten in Überschwemmungsgebieten stehen und Wasser- oder Verkehrswege blockieren. Die zuständige Ministerin im Büro des Premiers sagte, illegal oder mit durch Bestechung erlangten Genehmigungen errichtete Bauten würden nun konsequent beseitigt. Davon sind auch Villen am Strand betroffen. Frühere Regierungen hatten die Schwarzbauten tole-

riert, obwohl für DSM von 1972 bis 1999 ein offizieller Bebauungsplan bestand.

Zur Finanzierung der kompletten Schulgeldfreiheit an öffentlichen Schulen bis Form IV stellt die Regierung außerplanmäßig TZS 137 Mrd. bereit.

Citizen 01.,15.,18.12.15; DN 04.,14.,17.,21.12.15; Guaridan 01.,02.,14.,20.12.15;

Null Toleranz gegenüber Korruption

Magufuli kündigte wiederholt an, er werde die „Eiterbeulen der Korruption“ im Land aufstecken. Jüngst deckte das britische „Büro für schweren Betrug“ auf, dass sich tansanische Beamte über eine Beratungsfirma \$ 6 Mill. „Provision“ gesichert haben, als das Land 2012 eine \$ 600 Mill.-Anleihe bei der britisch-südafrikanischen Stanbic-Bank aufnahm. Die Bank muss nun Tansania entschädigen.

JPM entließ den Chef des Antikorruptionsbüros (PCCB) Dr. E. Hoseah, weil er große Korruptionsfälle nicht zügig aufgegriffen habe. Er habe den herrschenden Eliten zu nahe gestanden, um verdächtige Vorgänge entschlossen anzugehen und daher meist nur „kleine Fische“ verfolgt. Nachfolger wird Hoseahs Stellvertreter V. Mlowola, früher Direktor des Kriminal-Geheimdienstes. WikiLeaks hatte mitgeteilt, Dr. Hoseah habe dem US-Botschafter anvertraut, der (damalige) Präsident Kikwete lasse nicht zu, dass Spitzenbeamte belangt würden.

Oppositionspolitiker und zivilgesellschaftliche Organisationen begrüßten Magufulis entschlossene Aktionen. Sie betonten jedoch, das Antikorruptionsbüro sei von vornherein zahllos und könne nur wirksam arbeiten, wenn es wesentlich mehr Unabhängigkeit und Kompetenzen erhalte. Dies müsse in der neuen Verfassung ohne Rücksicht auf Partei-Interessen verankert werden. Magufuli hatte bereits in seiner ersten Parlamentsrede einen speziellen Gerichtshof für Korruptionsfälle gefordert.

Magufuli suspendierte den Direktor der Bahnholding (RAHCO) unter dem Verdacht schwerer Unregelmäßigkeiten bei der Ausschreibung für die neue Zentralbahnlinie [s.u. S.8]. Auch der Aufsichtsrat wurde aufgelöst, da er die eklatante Missachtung der Beschaffungsgesetze nicht verhindert, sondern gefördert habe.

Citizen 16.,17.,20.,23.12.15; DN 09.,23.12.15

Steuerhinterziehung und Veruntreuung

Präsident und Premier deckten bei spontanen Besuchen bei der Hafenbehörde von Dar-Es-Salaam massive Unterschlagungen und Steuerhinterziehung auf, über die es schon länger Gerüchte gab. 2.818 Container waren 2014/15 aus dem Hafen Dar-Es-Salaam gebracht worden, ohne dass Einfuhrsteuern entrichtet wurden. Dem Staat entgingen dadurch TZS 80 Mrd.; 14.244 Container und 3.824 Autos wurden verschoben ohne Hafengebühren zu entrichten, was einen Verlust von TZS 48 Mrd. verursachte.

Ein Weltbankbericht schätzt, dass im Hafen von DSM ein Syndikat von Beamten, Politikern und Geschäftsleuten jährlich \$ 157 Mill. unterschlagen hat. Die Weltbank errechnete, dass der Hafen bei korrekter und effizienter Verwaltung jährlich TZS 2,93 Brd. (€ 1,4 Mrd.) einnehmen und damit die größte Finanzquelle des Staates sein könnte. Statt dessen weist die Hafenbehörde maximal TZS 500 Mill. im Jahr aus. Ihr Chef war kürzlich wegen Unfähigkeit entlassen worden.

Auch der Direktor der Hafenbehörde und der zuständige Staatssekretär wurden entlassen, 40 Mitarbeiter der Steuerbehörde und der Hafenverwaltung verhaftet, 30 weitere vom Dienst suspendiert, sieben tauchten unter. Nun soll wieder die Polizei an Stelle privater Sicherheitsdienste Hafen und Containerdepots bewachen.

Citizen 08.,09., 23.,30.12.15; DN 13.12.15; Guardian 14., 17.,30.12.15

Reaktionen auf den neuen Kurs

Während einzelne CCM-Stimmen Magufuli als „arrogant“ bezeichnen, rang sich die offizielle Partei zur Zustimmung durch. CCM-Ideologie-Referent und Informationsminister N. Nnauye versicherte, der Präsident habe die volle Unterstützung der Partei und verwirkliche deren Wahlmanifest.

In den ostafrikanischen Nachbarländern wird der Ruf nach Reformen im JPM-Stil laut. Ruandas Präsident P. Kagame lobte das Durchgreifen im Hafen DSM, der 70% der ruandischen Güter umschlägt.

Weitere Kommentare: JPM entmystifiziert das Dogma, dass der Staat kein Geld hat. Er muss nur die richtigen Prioritäten setzen und Verschwendung unterbinden. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, den Reformkurs unabhängig von der Person des Präsidenten als neue Arbeitskultur Tansanias zu verankern.

Dt. Welle 09.12.15; DN 22.12.15; Independent 21.12.15;

WEIHNACHTSBOTSCHAFTEN

Die christlichen Kirchen riefen unisono zu Frieden, Einheit und Versöhnungsbereitschaft auf, besonders angesichts der Wahlkrise auf Sansibar. Sie begrüßten die Reformbestrebungen der neuen Regierung und forderten die Gläubigen auf, zusammen mit der Staatsführung gegen Korruption und Umweltzerstörung vorzugehen. Präsident Magufuli betonte in seiner Weihnachtsbotschaft harte Arbeit und Solidarität. Der tansanische Mufti A. Zubery rief die Muslime anlässlich Mohammeds Geburtstag (Maulid) zu gottgefälligem Lebenswandel auf und dankte für das friedliche Zusammenleben aller Religionen.

Citizen 26.,27.12.15; Guardian 26.12.15;

SCHWERPUNKT: TANSANIA IM AFRIKANISCHEN KONTEXT

BEZIEHUNGEN ZU AFRIKANISCHEN LÄNDERN

Burundi-Krise

Die anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen in Burundi nach der „Wahl“ von P. Nkurunziza zu einer dritten Amtsperiode als Präsident beunruhigen die Afrikanische Union (AU). Die AU-Kommissions-Chefin N. Dlamini-Zuma warnte vor einem erneuten Bürgerkrieg und schädlichen Auswirkungen auf die gesamte ostafrikanische Region. Mehr als 400 Personen wurden getötet und 220.000 flohen ins Ausland, meist nach Tansania. Die AU drohte Sanktionen gegen Regierungsmitglieder Burundis an.

Deutschland suspendiert seine bilaterale Hilfe für Burundi und wird das Geld statt dessen Tansania für seine großen Lager für burundische Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

Tansania unterstützte eine Resolution des UN-Sicherheitsrats gegen die Gewalt-Exzesse der burundischen Regierung. Die Ostafrikanische Gemeinschaft beauftragte den ugandischen Präsidenten Y. Museveni Friedensgespräche zu vermitteln. Die Burundi-Krise beeinträchtigt die Weiterentwicklung der ostafrikanischen Integration.

Citizen 05.11.15; Guardian 15.11.; 06.12.15

Handel und Verkehr in Afrika

Die Länder der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC – www.sadc.int) beschlossen eine Revision ihres Regionalen Entwicklungsplans, der nun der industriellen Entwicklung erste Priorität zuspricht. An zweiter Stelle steht der Infrastruktur-Aufbau; es folgen Sicherheit und Frieden, sodann soziale Dienstleistungen.

Die afrikanischen Wirtschaftszonen COMESA (Gemeinsamer Markt für Süd- und Ostafrika), EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft) und SADC (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft) wollen eine dreiseitige Freihandelszone errichten. Sie umfasst 26 Länder mit 632 Mill. Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung von \$ 1,3 Billionen. Dies soll den innerafrikanischen Handel stärken und die Industrialisierung beschleunigen. Damit will man der 1980 in Lagos, 1991 in Abuja und 2011 in Johannesburg als Vision formulierten „Afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft“ näher kommen. In einer ersten Phase soll in möglichst vielen Sparten ein freier Austausch von Waren ermöglicht werden. Später folgen Regelungen zu Dienstleis-

tungen und dem Schutz geistigen Eigentums. Die meisten COMESA-Mitgliedsländer haben untereinander visafreien Personenverkehr eingeführt. Tansania exportiert mit 29% deutlich mehr in die SADC-Zone als in die EAC (10%).

Einer Umfrage von Transparency International und Afrobarometer zufolge nimmt die Korruption in Afrika weiter zu. 58% der etwa 45.000 Befragten meinten, ein Anwachsen korrupten Verhaltens in ihrem Land wahrzunehmen. In 18 von 28 untersuchten Ländern tue die Regierung zu wenig dagegen. Neu ist, dass Privatfirmen als besonders korruptionsanfällig angesehen werden; sie rangieren gleich nach der Polizei. Da Bestechlichkeit besonders die armen Schichten belastet, wurde ihre Bekämpfung als Ziel 16 unter die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN aufgenommen. Entscheidend seien Informantenschutz und Erschweren von Geldwäsche. Business Times 04.12.15; DN 31.07.14; 24.,30.04.; 02.06.15; East African 04.03.15; Guardian 12.06.15

Handel mit der EU

Der Vorsitzende des „Regierungsübergreifenden Denkzentrums des Südens“, Altpräsident B. Mkapa, warnte eindringlich vor den „Wirtschaftlichen Partnerschafts-Vereinbarungen“ (EPA), zu denen die EU die afrikanischen Länder und Wirtschaftsblöcke drängt. Die EPAs behinderten die Industrialisierung Afrikas und schaden besonders kleinen Unternehmen, die noch lange nicht konkurrenzfähig produzieren könnten. Ihr wahres Ziel sei es, Europas Exporte zu fördern. Die EPAs sollen eine Freihandelszone zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) schaffen. [s.u.Außenbeziehungen der EAC]

DN 11.,13.06.14; Guardian 12.06.14

Panafrikanisches Parlament

Seit elf Jahren gibt es ein Panafrikanisches Parlament als Beratungsorgan für die Afrikanische Union. 2014 wurde ein Protokoll zur Stärkung seiner Rechte beschlossen, allerdings erst von sechs Ländern unterzeichnet und von Mali als einzigem Land ratifiziert.

Guardian 05.12.15

Arusha – ein afrikanisches „Den Haag“

Der Vorsitzende Richter des „Panafrikanischen Gerichtshofs für Menschen- und Völkerrechte“ in Arusha erinnerte daran, dass erst 29 von 54 AU-Mitgliedsländern das Protokoll über Menschen- und Völkerrechte der Afrikanischen Union ratifiziert haben (darunter Tansania). Nur sieben Staaten (darunter Tansania) hätten die zusätzliche Deklaration anerkannt, der zufolge auch Individuen und NROs dieses Gericht anrufen können.

Die „Afrikanische Stiftung für Internationales Recht“ (gegründet 2003 in Genf) lancierte in Arusha das „Afrikanische Institut für Internationales Recht“. Dieses soll Regierungsbeamte, Rechtsprofessoren und Anwälte mit wichtigen Aspekten des Internationalen Rechts in Afrika vertraut machen. Geplant sind Kurse über Menschenrechte im afrikanischen Kontext, internationale Verträge über Öl, Erdgas und weitere Bodenschätze, umstrittene Territorien, Kriminalgesetzgebung u.ä.

In Arusha residieren bereits der Ostafrikanische Gerichtshof (EACJ) und der Afrikanische Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte (AfCHPR), die mittelfristig miteinander verschmolzen werden sollen. Tansania stiftete als erstes AU-Land \$ 100.000, um die Arbeit des AfCHPR zu unterstützen.

Dazu kommt der „UN-Mechanismus für Kriminaltribunale“, der das „Tribunal zum Genozid in Ruanda“ (UN-ICTR) fortsetzt. Das ICTR hat in 20-jähriger Arbeit gegen 93 Verantwortliche für den Völkermord 1994 in Ruanda verhandelt (insgesamt 5.800 Verhandlungstage) und damit Pionierarbeit geleistet für ein rechtliches Vorgehen gegen Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zur Erinnerung an die Arbeit des ICTR wird ein Internetportal eingerichtet (www.unictr.org), eine umfangreiche Dokumentation herausgegeben und der UN-ICTR-Friedenspark in Arusha angelegt. Das tansanische Außenministerium forderte die Länder, die neun noch gesuchte Schwerverbrecher beherbergen, auf, diese auszuliefern.

Der Gerichtshof für Menschenrechte (AfCHPR) veranstaltete einen Dialog über die „Afri-

kanische Charta für Menschen- und Völkerrechte“. Dabei wurde das Prinzip der Nichteinmischung in „innere Angelegenheiten“, das die Afrikanische Union lange hochgehalten hat, als gefährlich bezeichnet. Es erleichterte Menschenrechtsverletzungen und stabilisierte Diktaturen. Friedensmissionen wurden durch die absolute staatliche Souveränität verzögert und erschwert.

Die ehrgeizige „Africa Agenda 2063“ könne nur Erfolg haben, wenn sich auf dem Kontinent eine Kultur der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit durchsetzt. Tansanische Delegierte bekannten sich ausdrücklich zu „Geist und Buchstaben“ der Menschenrechts-Erklärungen und wiesen auf Gesetzesreformen seit den 90er Jahren hin. Allerdings werden jüngste tansanische Gesetze zu Presse, Medien und Internetkriminalität auch international in Frage gestellt.

African Court on Human and Peoples' Rights – Press Release 16.05.15; Arusha Times 02.05.15; Citizen 03.11.15; DN 08.10.15; Guardian 02.12.15

Training für Führungspersonal

Das christliche Habari Maalum College in Arusha (www.hmcollege.org) bietet Kurse für Personen in leitenden Positionen an, die nicht nur professionelles Wissen, sondern auch ethische Werte vermitteln. Nur mit verantwortlichen, engagierten, demokratischen und korruptionsresistenten Personen könne die Armut und Rückständigkeit vieler afrikanischer Regionen überwunden werden. Elf Studierende aus ostafrikanischen Ländern haben das Führungstraining bisher absolviert.

Guardian 22.08.15

OSTAFRIKANISCHE GEMEINSCHAFT (EAST AFRICAN COMMUNITY)

Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC II) ist der zweite Anlauf, nachdem eine 1966 zwischen Kenia, Uganda und Tansania gegründete Gemeinschaft 1977 gescheitert war. Die heutige EAC wurde 2000 neu gegründet und nahm 2007 auch Burundi und Ruanda auf. Während Kenia, Uganda und Ruanda eher auf eine schnelle wirtschaftliche Integration drängten („coalition of the willing“), zeigten sich Burundi und Tansania eher zaudernd. Andererseits ratifizierte Tansania als erstes Partnerland die Protokolle zur gemeinsamen Währung. 2005 wurde eine Zollunion und die Einführung gemeinsamer Außenzölle beschlossen. Sie soll seit 2010 zu einem gemeinsamen Markt ausgebaut werden, mit freiem Verkehr von Arbeitskräften, Dienstleistungen, Kapital und Waren. Viele nationalen Gesetze müssen noch an die EAC-Vereinbarungen angepasst werden, was meist mit erheblicher Verzögerung geschieht.

Die EAC umfasst 1,82 Mill. km² (zum Vergleich: EU: 4,3 Mill. km²) mit 144 Mill. Einwohnern. Derzeit beträgt das Bruttoinlandsprodukt der EAC \$ 110 Mrd. jährlich. Einer UN-Untersuchung zufolge wird die Bevölkerung vor allem in Tansania und Uganda rasant wachsen. 2050 werden für TZ 137, für Uganda 102 und für Kenia 96 Mill. Einwohner erwartet. Im Jahr 2100 soll Tansania mit 299 Mill. die größte Bevölkerung der EAC haben. Es hätte dann die drittgrößte Bevölkerung Afrikas und gehörte zu den 10 bevölkerungsreichsten Ländern der Welt. Diese laut UN sehr wahrscheinliche Entwicklung birgt immense Herausforderungen im Blick auf die Versorgung mit Wasser, Energie, Nahrung und Arbeitsplätzen.

In der tansanischen Bevölkerung ist die EAC kaum bekannt. Auch Studierende setzen sich kaum mit ihren Chancen und Problemen auseinander. Nur wenige kennen die Hymne der EAC. Entscheidend wird sein, wie gut es gelingt „die Lücke der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern zu schließen“ (Altpräsident Kikwete).

Business Times 05.12.14; 10.04.15; DN 19.11.14; Guardian 27.05.14; 15.11.15; East African 30.07.; 10.10.15

REGIONALE WIRTSCHAFTSZONE

Investitionen in der Region

Ostafrika zieht Investoren an, die soziale oder Umwelt-Ziele fördern, aber auch ihr Geld pünktlich zurück haben wollen (impact investment). Nach einem britischen Bericht flossen von Entwicklungsagenturen und Banken etwa \$ 10 Mrd. in Unternehmen, die solche Ziele verfolgen. Beispiele sind Firmen, die sich mit Umweltschutz, Wiederverwertung von Rohstoffen, erneuerbaren Energien, Nahrungsmittelverarbeitung oder Tourismus befassen. Auch die „Bridge International Academies“, die erschwingliche Privatschulen führen, erhielten solche Hilfen. Etwa die Hälfte der gesellschaftswirksamen Investitionen floss nach Kenia; Uganda und Tansania erhielten je 13%.

DN 05.08.15

Handel und Hemmnisse

Seit 01. Juli 2015 ist die EAC-Region offiziell ein gemeinsamer Markt. Der Handel innerhalb der EAC hat deutlich zugenommen: 2005 \$ 2 Mrd., 2014 bereits \$ 6 Mrd. Zahlreiche nichttarifäre Hemmnisse wie Straßensperren, Kontrollen, Wiegebrücken und bürokratische Prozeduren verhindern eine raschere Entwicklung. Im „Nördlichen Korridor“ gelang es immerhin, die Zahl solcher Hemmnisse zu verringern. Auch die immer noch langen Umschlagzeiten in den Häfen Mombasa und Dar-Es-Salaam verteuern viele Waren. Der Anteil Tansanias am regionalen Handel in der EAC wuchs von 15% (2005) auf 26% (2014) und beträgt zur Zeit \$ 1,5 Mrd. Wichtige Exportgüter Tansanias sind Stahl, Zement, Textilien und Speiseöl.

Business Times 10.04.15; DN 19.11.14; E. African 27.06.15

Infrastruktur

Ein bedeutender Kostenfaktor für Handel und Industrie ist die unzureichende Infrastruktur in den EAC-Ländern. Die Transportkosten liegen hier bis zu fünf mal höher als in Industrieländern. Sie bilden in den Binnenländern bis zu 40% des Warenpreises (Weitere Faktoren: Elektrizität 30%, Kapital 20%, Arbeitskosten 10%). Der Transport eines Containers von Mombasa nach Uganda über den „Nördlichen Korridor“ kostet \$ 3.200; mit Ausbau des „Zentralen Korridors“ könnte der Preis auf \$ 1.650 fallen.

Die geplante Zentralbahnlinie soll Dar-Es-Salaam mit Burundi, Ruanda und Uganda verbinden. Die Kosten der insgesamt 2.561 km langen Strecken in Standard-Spurbreite werden auf € 7 Mrd. geschätzt. Sie wird die aus deutscher Kolonialzeit stammende Central Line ersetzen [vgl. TI 09/2014, S. 11]. Die Transportzeit in die Binnenländer würde sich dann von über 2 Wochen auf 2 Tage verkürzen, die Kosten enorm sinken und Wettbewerbsnachteile zurückgehen.

Der Hafen Dar-Es-Salaam wird Büros in Burundi, Ruanda und Uganda eröffnen, um näher bei den potentiellen Kunden zu sein und den Wettbewerb mit Mombasa („Northern Korridor“ durch Kenia) zu bestehen. Auch Kenia plant eine 1.700 km lange Bahnstrecke von Mombasa nach Burundi, Kongo, Ruanda und Uganda zu bauen.

Der Investitionsbedarf der EAC für Fernstraßen, Bahnen, Öl- und Gasleitungen und Häfen bis 2025 wird auf € 80 Mrd. geschätzt.

Business Times 10.04.15; Citizen 26.03.15; DN 21.,31.03.15; Guardian 27.03.15; New Times 03.08.15

Kommunikation

Das EAC-Parlament beschloss ein Gesetz zum elektronischen Geldtransfer in der ganzen Region, das allerdings noch in die nationalen Regelungen integriert werden muss. Ab 2016 sollen einheitliche Tarife für Telefonate und Datentransfer in der Region gelten (One Area Network Agreement). Auch ein einheitliches System für Postleitzahlen ist geplant. Ebenso ein Touristenvisum für die gesamte Region.

Capital FM 01.04.15; Guardian 24.09.; 13.10.15

Sicherheit

Die EAC hat eine militärische Eingreiftruppe von 5.000 Mann für Kriseninterventionen aufgestellt. Zur Finanzierung der Kosten von \$ 3 Mrd. für die nächsten 5 Jahre werden Geber gesucht [vgl. TI 2015/03, S. 7]. Das EAC-Parlament (EALA) plante für 2015 \$ 1 Mill. für Vermittlungsmissionen bei den anstehenden Wahlen ein.

Nach einigem Zögern unterzeichnete auch Tansania das EAC-Protokoll zur Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean. TZ fürchtet die hohen Kosten für Gefängnisse nach internationalem Standard (klimatisierte Zellen, Zeitungen, Dolmetscher, spezialisierte Richter). Diese Kosten müsse die EU tragen. Inzwischen gingen die Piraten-Überfälle stark zurück.

Eine Delegation der Ostafrikanischen Legislativen Versammlung (EALA) nahm an der 133. Vollversammlung der Interparlamentarischen Union in Genf teil, die Migrationsprobleme diskutierte. Migranten aus DR Kongo, Somalia und Südsudan drängen in die EAC. Hinzu kommen die internen Flüchtlinge aus Burundi, die hauptsächlich in Tansania Schutz suchen.

East African 29.,30.01.15; Guardian 16.10.14; 22.04.; 21.10.15

EAC-Einrichtungen

Die Region unterhält eigene Institutionen, z.B. Kommission für das Victoriasee-Becken (Kenia), Victoriasee-Fischerei-Organisation, Ostafrikanische Entwicklungsbank, Ostafrikanischen Universitätsrat, Flugsicherung (alle in Uganda). Für die Zukunft sind geplant: Einrichtungen für Kiswahili-Forschung, Gesundheitsforschung, Kommission für Wissenschaft und Technologie.

Citizen 16.10.14

AUSSENBEZIEHUNGEN DER EAC

Kooperation und Auslandshilfen

Der EAC-Haushalt beläuft sich auf etwa \$ 125 Mill. jährlich und wird zu 70% von Gebern finanziert.. Mitgliedsstaaten bleiben immer wieder Teile ihrer Beiträge schuldig.

Die EU schloss ein Abkommen mit der EAC, das besonders Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche Integration und Rohstoff-Verwertung fördern soll. Schwerpunkte der EU-Hilfe für Tansania in den vergangenen 40 Jahren waren Infrastruktur, Küstenschutz, Bildung, Wahlen und Wahlbeobachtung, ländliche Entwicklung, kulturelles Erbe und Frauenförderung.

Deutschland hat die EAC mit insgesamt € 213 Mill. unterstützt, vor allem in den Bereichen berufliche und allgemeine Bildung, Infrastruktur und Technologietransfer. Auch das EAC-Hauptquartier in Arusha ist ein Geschenk Deutschlands. Für die Jahre 2016-18 sagte Deutschland weitere € 67 Mill. zu für Impfungen, Kühlungseinrichtungen für Impfstoffe, Speziallabore für Infektionskrankheiten, verbesserte Wasserqualität im Victoriasee und laufende Kosten des EAC-Sekretariats. Auch Kredite der KfW fördern EAC-Projekte.

Indien unterstützt technisch und finanziell vier neue Einrichtungen der EAC: Landwirtschaftliche Forschung, Saatzucht, Materialprüfung, Boden- und Wasseranalyse.

Citizen 16.10.14; 29.01.; 14.11.15; DN 01.10.; 24.11.15; Guardian 19.,26.09.; 11.11.15

Handelsvereinbarungen

Der ostafrikanische Gewerbe-Rat schloss ein Abkommen mit „Innovation Norway“. Die Beratungsfirma der norwegischen Regierung wird ostafrikanische Unternehmer in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik, Öl- und Gasvermarktung und erneuerbare Energien beraten.

Ausländische Direktinvestitionen in der EAC fielen 2014 um 12% auf \$ 160 Mill. Dies wird auf Terroranschläge in Kenia und den Bürgerkrieg im Südsudan zurückgeführt. Die meisten privaten Investitionen kamen aus Großbritannien und Japan.

Der Direktor des „Afrikanischen Instituts für Internationales Recht“ (AAIL) in Arusha sagte, viele Verträge afrikanischer Länder mit ausländischen Investoren benachteiligten die Afrika-

ner. Da die meisten Streitfälle außerhalb Afrikas behandelt würden, gäbe es kaum afrikanische Juristen mit Schlichtungs-Erfahrungen.

Die EAC schloss mit der EU nach 12-jährigen Verhandlungen eine „Vereinbarung über wirtschaftliche Partnerschaft“ (EPA). Das Abkommen gewährt den afrikanischen Ländern weiterhin freien Marktzugang in Europa. Das ist vor allem für Kenia relevant; die restlichen EAC-Länder haben als „wenigst entwickelte Länder“ ohnehin zollfreien Zugang zur EU). Umgekehrt sollen nach einer bis zu 25-jährigen Übergangsperiode bis zu 83% der europäischen Erzeugnisse ohne Einschränkungen in die EAC importiert werden. Die EAC hat einige Produkte aus Landwirtschaft und Industrie unbefristet von der Liberalisierung ausgenommen.

Während der Übergangsphase gleicht ein Fonds Nachteile afrikanischer Produzenten aus. Die EU finanziert in diesem Rahmen auch Infrastruktur-Vorhaben wie Häfen in Kigoma, Musoma und Mwanza, die zentrale Bahnlinie DSM – Kigali – Bujumbura und die Reparatur der Bahnstrecke Tanga – Moshi – Musoma. Die offeneren Märkte werden, so hofft man, den ausgedehnten Schmuggel zwischen EAC-Ländern austrocknen. Auch erhöhte Privatinvestitionen aus der EU werden in Aussicht gestellt. Bereits jetzt kommen die meisten Direktinvestitionen in der EAC aus der EU.

Aus Sicht der EU ist das „Economic Partnership Agreement“ explizit entwicklungsorientiert und soll Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzangebot und Armutsbekämpfung stimulieren. Damit werde ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik eingeleitet: Handel und Investition statt Hilfe („from aid to trade“). Voraussetzung für den Erfolg ist, dass die afrikanischen Länder ihre Entwicklungspolitik entsprechend ausrichten. Das Handelsvolumen zwischen EAC und EU beträgt derzeit etwa € 6 Mrd. pro Jahr. Die EAC exportiert vor allem Blumen, Gemüse, Kaffee, Tee, Fisch und Tabak, die EU in erster Linie Maschinen, Fahrzeuge und Chemikalien. Tansania exportierte 2013 Waren für € 525 Mill. in die EU und importierte von dort Erzeugnisse für €925 Mill.

Kritiker wie Altpräsident B. Mkapa fürchten angesichts der ungleichen Ausgangssituation, dass die afrikanischen Anbieter Marktanteile verlieren werden und eine lokale Industrialisierung erschwert wird. Wegen der Befürchtung, auf die Rolle als Rohstofflieferant und Markt für EU-Fertigwaren festgelegt zu werden, wollte Tansania dem EPA noch nicht zustimmen, tat es aber doch unter dem Druck aus Kenia und nach EU-Andeutungen, dass es Probleme mit der Landwirtschaftsförderung aus dem Europäischen Entwicklungsfonds geben könnte.

Citizen 01.10.14; 17.02.; 08.06.15; DN 02.01.; 13.09.15; Guardian 19.09.15

Bilaterale Beziehungen in der EAC

Uganda unterzeichnete einen Vorvertrag mit Tansania über eine Rohöl-Leitung zum Hafen Tanga. Uganda verfügt über nachgewiesene Reserven von 6,5 Mrd. barrels. Seit Längerem verhandeln Uganda und Kenia über eine Öl-Pipeline von Hoima zum geplanten Ölhafen Lamu, die etwa \$ 4 Mrd. kosten würde. Die in Uganda tätigen amerikanischen, britischen und chinesischen Ölfirmen fürchten aber um die Sicherheit der Leitung, die im Norden Kenias nahe Somalia verlaufen würde.

Der Handel zwischen TZ und Kenia macht über 80% des zwischenstaatlichen Austauschs in der EAC aus. Kenianische Investitionen in Tansania stehen vor Südafrika an fünfter Stelle nach UK, USA, China und Indien. TZ exportiert jährlich Waren im Wert von ca \$ 250 Mill. nach Kenia und importiert von dort Güter für etwa \$ 350 Mill.

Anfang 2015 gab es Verstimmungen zwischen den beiden Ländern, nachdem Kenia tansanischen Tourismus-Firmen den Zugang zum Flughafen Nairobi verwehrt und Tansania die Flüge zwischen Nairobi und DSM eingeschränkt hatte. Aber die gemeinsamen Interessen überwiegen. Jüngst wurde als gemeinsames Großprojekt eine Fernstraße von Athi River über Namanga nach Arusha gebaut. Die Elektrizitätsnetze der beiden Länder sollen mit einer 424 km langen 400 KV-Leitung verbunden werden, finanziert durch einen japanischen Kredit. TZ will Erdgas zur Verstromung nach Kenia liefern. Beim Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und Wildern wollen TZ und Kenia enger zusammen arbeiten. Ebenso bei gemeinsamer Planung für das Serengeti-Mara-Ökosystem, das mit zunehmendem Bevölkerungsdruck durch Entwaldung, Versalzung und Überfischung gefährdet ist.

Citizen 16.12.15; Business Times 27.02.15; DN 28.09.; 08.,13.,14.10.15; The Star 06.10.15

SCHWIERIGKEITEN DER EAC

Souveränitätskonflikte

Generell werden von der EAC beschlossene Handels- und Verkehrserleichterungen nur sehr zögernd umgesetzt, da sie naturgemäß den Handlungsspielraum der einzelnen Staaten reduzieren. Es gibt keine Sanktionen für Verstöße gegen EAC-Regeln. Besonders bei Niederlassungsfreiheit, Steuerharmonisierung und Anerkennung von Ausbildungsgängen und Qualitätstests gibt es noch viel zu tun. Wegen bürokratischer Handelshemmnisse blüht nach wie vor der Schmuggel, obwohl gar keine Binnenzölle mehr anfallen.

So gab es lange ein Tauziehen zwischen tansanischen und kenianischen Behörden mit erfindungsreichen Gebühren, Abgaben, Steuern und Hygiene- und Impfvorschriften für Bürger des jeweils anderen Staates, die allesamt gegen EAC-Regeln verstoßen. Dies soll nun beiderseits in Ordnung gebracht werden. Unternehmen wie Montagebetriebe für Fahrzeuge, brauchen einen größeren Markt ohne Beschränkung durch nationale Interessen. Auf diesem Markt ist Kenya führend (Montage von Fahrzeugen von Toyota, Foton, Randon und Volkswagen), während in Tansania nur Motorrikschas (Bajaj) montiert werden.

Citizen 13.07.15; East African 27.06.; 10.10.15

Administrative Probleme

Vereinbarungen der Regierungen und Beschlüsse der Administrativen Versammlung Ostafrikas (EALA) werden oft mit großer Verzögerung umgesetzt. So zeigten sich die EALA-Abgeordneten enttäuscht darüber, dass der Bau der 15 gemeinsamen Grenzübergänge (One Stop Border Posts) nur holprig vorankommt, obwohl sie von Japan, Finnland und weiteren Gebern finanziert werden. Der EALA-Präsident bedauerte, dass die EAC-Bürger bisher wenig von der Gemeinschaft profitierten, vor allem wegen unnötiger bürokratischer Komplikationen.

Das EAC-Sekretariat und weitere EAC-Einrichtungen könnten nicht effektiv arbeiten, weil sie keine zureichenden Haushaltsmittel bekämen und Zahlungen der Mitgliedsstaaten oft sehr unpünktlich geleistet würden. Dieses Jahr schulden die Mitglieder der EAC \$ 31 Mill., d.h. 74% ihrer Zusagen.

Citizen 15.03.; 28.11.; 22.12.15; DN 30.06.15; Guardian 16.10.15

Selbstbedienung

Die 52 Mitglieder der EALA (East African Legislative Assembly) genehmigten sich je einen repräsentativen Dienstwagen, wofür andere Haushaltspositionen gekürzt werden mussten. Vom Haushalt 2015/16 decken die Partnerstaaten \$ 48 Mill., die Entwicklungspartner \$ 59 Mill. ab. Nach Berichten über ausufernde Verschwendung von EAC-Mitteln durch Mitarbeitende und -Institutionen wird der neue Haushalt um \$ 14 Mill. niedriger angesetzt.

Arusha Times 12.12.15; Citizen 13.03.; 03.12.15; DN 21.,25.05.15; East African 26.01.15;

Nachbarstaaten

Sicherheitsprobleme für die EAC-Länder entstehen durch anhaltende Konflikte in Nachbarstaaten: Somalia, DR Kongo und Südsudan. Allein der südsudanesischer Bürgerkrieg verursacht in den EAC-Ländern Kosten von € 10 Mrd. pro Jahr, u.a. für Flüchtlinge, Sicherheitsaufwendungen und ausgebliebene Investitionen. E. African 14.01.15

UMWELTSCHUTZ UND MENSCHENRECHTE

Umwelt- und Klimaschutz

Der Präsident des EAC-Parlaments (EALA) forderte mehr Klima-Anpassungshilfen für die afrikanischen Länder. Europa, USA, China und Indien produzierten die meisten Treibhausgase und müssten daher die Entwicklungsländer mit Anpassungshilfen unterstützen.

Tansania weigerte sich, das EAC-Protokoll über Umwelt und natürliche Ressourcen von 2006 zu unterzeichnen, da dieses den Regeln des Gemeinsamen Marktes widerspräche, die Fragen des Bergbaus und Tourismus den Ländern überließen. Damit bleibt die Frage ungelöst, wie gemeinsam genutzte Ökosysteme besser geschützt werden können. Beispiele dafür sind der Victoriasee, das Serengeti-Mara-Gebiet und Weideflächen für Nutztiere.

Hingegen beschloss die EALA ein Gesetz zu Nutzung und Schutz der Wälder in Ostafrika. Damit soll vor allem die nachhaltige Nutzung von grenzübergreifenden Waldregionen gesichert und der bisherige Raubbau eingedämmt werden. Das Gesetz sieht eine Harmonisierung der einschlägigen Ländergesetze und eine neue EAC Einrichtung, die EAC-Waldbehörde, vor.

Citizen 29.11.; 01.12.15; DN 29.11.15; East African 06.06.15; Inter Press Service 26.11.15

Menschenrechte

Ein Bericht über „Kinderrechte in den EAC-Partnerstaaten“ der EALA monierte, dass in Tansania Schüler und Studenten oft wegen kleiner Vergehen verurteilt und mit Kriminellen zusammen eingesperrt würden. Auch körperliche Strafen in Schulen sollten abgeschafft werden.

Der UN-Fonds für Bevölkerung (UNFPA) hebt in seinem Bericht für 2015 hervor, dass Tansania als einziges ostafrikanisches Land stabil gegenüber humanitären Krisen ist. Der Bericht untersucht dieses Jahr besonders die Situation von Frauen, heranwachsenden Mädchen, Kindern und Behinderten. Kriterien sind das Niveau von Gewalt, Zugang zum Rechtsweg, Rechtsstaatlichkeit und in wie weit staatliche Einrichtungen effektiv, verantwortlich und inklusiv sind. Weiterhin wurde untersucht, wie stabil die Wirtschaft ist und wie elastisch ein Land auf Katastrophen reagieren könnte (Resilienz).

Arusha Times 12.12.15; Citizen 01.12.15; Guardian 04.12.15

Ostafrikanischer Gerichtshof

2015 wurde die Zuständigkeit des East African Court of Justice auf Handel, Investitionen und Währungen ausgeweitet. Der Vorsitzende Richter Dr. Ugirashebuja betonte, eine einheitliche Rechtsprechung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien sei entscheidend für die Existenz der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Nur so könnten Interessen und Meinungsverschiedenheiten konstruktiv ausgeglichen werden.

Business Times 10.04.15, DN 26.03.15; Guardian 11.12.15

Pläne und Projekte der EAC

Weitere Entwicklung

Nach der Zollunion sollen langfristig weitere Schritte folgen: Gemeinsamer Markt, Währungsunion und Föderative Staatengemeinschaft. Das Konzept einer politischen Integration Ostafrikas ist noch stark umstritten: Uganda wünscht nach nur fünfjähriger Übergangszeit einen Bundesstaat mit ausgedehnten Kompetenzen in Verteidigung, Außenpolitik, Währung und Wirtschaftspolitik. Die anderen Partnerstaaten wollen eine längere Übergangsperiode und mehr Souveränität für die Partnerstaaten. Während Burundi und Tansania anstreben, dass alle EAC-Staaten zugleich eine Föderation bilden, wollen es Kenia, Ruanda und Uganda den einzelnen Ländern überlassen, wann sie der Föderation beitreten. Auch über den eventuellen Beitritt weiterer Staaten wie DR Kongo, Somalia oder Südsudan gehen die Vorstellungen noch auseinander.

Eine Umfrage der NRO „Twaweza“ ergab, dass 8% der befragten Tansanier Fortschritte in der wirtschaftlichen Integration Ostafrikas begrüßen, jedoch keine politische Entwicklung zu einem föderativen ostafrikanischen Staat wünschen. Eine Mehrheit erwartet positive Auswirkungen der Gemeinschaft auf Wirtschaftswachstum und Sicherheit. Mehrheitliche Ablehnung fanden eine gemeinsame Armee (64% dagegen) und freier Landerwerb (70%). 42% der Befragten kannten den aktuellen Stand der EAC nicht.

Die Gouverneure der EAC-Nationalbanken einigten sich auf ein gemeinsames Zahlungs-

system und eine einheitliche US\$-Mindestreserve in Höhe des Einfuhrbedarfs von 4,5 Monaten. Weitere Konvergenz-Kriterien des „Protokolls zur Einheitswährung“ wie Inflation (maximal 8%), Haushaltsdefizite (maximal 3% Neuverschuldung jährlich) und Staatsverschuldung (maximal 50% des BIP) soll eine spezielle Arbeitsgruppe verhandeln und überwachen. Planmäßig will man innerhalb von 10 Jahren den Ostafrikanischen Dollar als gemeinsame Währung einführen. Der Internationale Währungsfonds hält diese Pläne für „extrem ambitioniert“.

In der Legislativen Versammlung (EALA) wurde diskutiert, Kiswahili zu einer offiziellen Sprache der Gemeinschaft zu erklären. Bisher sind die offiziellen Dokumente in englischer und französischer Sprache verfasst.

Mit niederländischer Hilfe will die EAC Datenbanken einrichten, die ihre Informationen über digitale Medien zugänglich machen. Dazu gehören Bibliotheken, Kartenmaterial, Fotos sowie alle Verträge und Protokolle der Gemeinschaft.

Elektrizität: Bis 2018 will die EAC 12.000 Megawatt installierter Leistung bereitstellen (zur Zeit: 4.000 MW). Die Mitgliedsländer sollen über ein Hochspannungsnetz Stromproduktion und -bedarf ausgleichen.

Mittelfristig sollen Regelungen für die Einfuhr elektronischer Geräte, sowie Sammlung und Recycling von Elektronikschrott in der EAC entwickelt werden. Zur Zeit gibt es nur in einzelnen Ländern Ansätze dazu.

Der Interuniversitäre Rat der EAC (IUCEA) wurde beauftragt, ein gemeinsames Rahmenwerk zur Harmonisierung, Qualitätssicherung und gegenseitigen Anerkennung von Ausbildungsgängen zu erarbeiten.

Mit finnischer Hilfe beginnt die EAC ein Fünf-Jahres-Projekt zur Förderung von Handel und Integration (TRIP-EAC). Es hat zum Ziel, kleine und mittlere Unternehmen konkurrenzfähiger zu machen, wobei Frauen besondere Förderung erfahren sollen.

Arusha Times 17.01.15; Citizen 02.06.14; 28.02.; 06.03.15; Business Times 17.10.14; 10.04.15; DN 12.12.14; 11.02.15; East African 19.,29.11.14; 06.04.15; Guardian 30.06.; 08.10.14; 16.12.15

Beitrittskandidaten

Somalia und Südsudan wollen der EAC beitreten. Sie müssten allerdings anspruchsvolle Bedingungen erfüllen: Demokratie, Gute Staatsführung, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Im Südsudan herrscht offener Bürgerkrieg. Somalia erlebt eine leichte Stabilisierung. Die Terror-Abwehr wird für längere Zeit eine wichtige Aufgabe bleiben.

Business Times 10.04.15; East African 24.01.15

Veranstaltungshinweis:

Mission EineWelt lädt herzlich ein zu einem Studientag am 09.04.2016:

Lutherische Kirchen in Afrika – Wege in die Zukunft

Der Studientag gibt einen Einblick in Themen, die lutherische Kirchen in Afrika bewegen. In einem zweiten Schritt nehmen wir wahr, was uns in Deutschland dabei beschäftigt. Daraus wollen wir Ideen entwickeln, wie diese Gedanken in unser Miteinander einfließen können.

www.mission-einewelt.de/events/lutherische-kirchen-in-afrika-wege-in-die-zukunft

Information und Anmeldung auch über

monika.heumann@mission-einewelt.de oder Tel: 09874 9 1502 (Mo+Mi+Fr vormittags)